

INHALT

1. Günther: Heinold gefährdet mit Unterstützung der Nord-SPD Arbeitsplätze
2. Ministerpräsident lässt falsch über CDU-Gesetzentwurf informieren
3. Innenminister Studt befürwortet öffentlich CDU-Forderung nach Strafrechtsverschärfung
4. Anhörung bringt deutliche Kritik an SPD-Wahlgeschenk
5. Ministerium veröffentlicht über die Sommerferien neue Anforderungen für das Fach Biologie
6. CDU kritisiert haarsträubende Umsetzung der Justizvollzugsreform
7. Neue Absolventin des „Freiwilligen Politischen Jahres“ bei der CDU-Fraktion
8. „Beispielhafte Innovationen für den ländlichen Raum“
9. Besuch auf der NordBau in Neumünster

09.09.2016

**Günther: Heinold gefährdet mit Unterstützung der Nord-SPD Arbeitsplätze
Rot/Grüne Landesregierung blockieren Erbschaftssteuerreform im Vermittlungsausschuss**



Daniel Günther, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion

In dieser Woche war die von CDU und SPD auf Bundesebene gemeinsam beschlossene Reform der Erbschaftssteuer auf der Tagesordnung des Vermittlungsausschusses. Schleswig-Holsteins

Finanzministerin Monika Heinold bezeichnete die – von SPD-Wirtschaftsminister Reinhold Meyer zum Zeitpunkt des Beschlusses befürworteten – Pläne vor der Sitzung als „irre“. Die rot/grünen Landesregierungen fordern weitgehende Korrekturen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, warf Heinold daraufhin vor, mittelständische Arbeitsplätze zu gefährden. „Statt auf ihrer Sommertour grüne Lieblingsförderprojekte für Wahlkampffotos zu besuchen hätte Heinold sich über mittelständische Betriebe und deren Sorgen mit der Erbschaftssteuer informieren sollen. Ihre Argumente gegen die von CDU und SPD beschlossene Reform gelten - wenn überhaupt – nur für wirklich große Aktiengesellschaften. Die gibt es nicht in Schleswig-Holstein“, erklärte er.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende forderte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer auf, endlich einmal für die Unternehmen und damit die Arbeitsplätze im Land zu kämpfen. Nach seiner ursprünglichen Befürwortung des Beschlusses melde er sich seit Wochen nicht mehr zu Wort. Wie schon bei verkehrspolitischen Themen gegen Umweltminister Habeck könne Meyer sich offenbar auch bei der Erbschaftssteuer kabinetsintern nicht durchsetzen.

Gefordert sei in dieser Frage vor allem der größere Koalitionspartner SPD. „Die SPD hat auf Bundesebene die Reform mitbeschlossen. Ihr zuständiger Fachminister in Schleswig-Holstein trägt diesen Beschluss mit, weil er unsere Unternehmen und die Arbeitsplätze nicht gefährden will. Die Nord-SPD darf sich hier nicht vor Heinolds Grünen Karren spannen lassen“, so Günther.

Ministerpräsident lässt falsch über CDU-Gesetzentwurf informieren CDU-Fraktion macht Vorschlag für mehr Mitsprache der Gemeinden bei Windenergieplanungen



Petra Nicolaisen, innenpolitische Sprecherin

Seit dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes vom 20. Januar 2015 besteht eine erhebliche Unsicherheit darüber, ob und wenn ja in welcher Form gemeindliche Entscheidungen bei der Aufstellung von Regionalplänen berücksichtigt werden können. Bislang hat die Albig-Regierung dazu noch keinen Lösungsvorschlag präsentiert.

In der ersten Woche nach der parlamentarischen Sommerpause brachte die CDU-Fraktion dazu einen Gesetzentwurf ein (Link siehe unten). Demnach sollen künftig von den Gemeinden getroffene und sachlich begründete Entscheidungen zu einer weiteren Prüfung durch die

Planungsbehörde führen. Geprüft werden müsste dann, ob die planerischen Ziele auch verwirklicht werden können, wenn die Entscheidung der Gemeinde berücksichtigt wird. Dies soll nicht nur dann gelten, wenn die Gemeinde sich gegen die Ausweisung einer von der Landesplanung vorgesehenen Windenergieflächen ausspricht, sondern auch, wenn die Gemeinde sich für eine Fläche stark macht, die von der Landesplanung nicht berücksichtigt wird.

Am Donnerstag äußerte sich erstmals ein Berater der Landesregierung – die vorab ausdrücklich um Zusendung des Gesetzentwurfes und des ergänzenden Gutachtens eines renommierten Juristen gebeten hatte - zu dem Vorhaben. Der CDU-Entwurf nahm sogar breiten Raum bei einem von der Staatskanzlei organisierten Expertengespräch ein. Allerdings bezeichnete der Berater den Vorschlag als „reines Verhinderungsinstrument“. Als die CDU-Abgeordnete Petra Nicolaisen dies vor Ort richtig stellen wollte, wurde ihr noch nicht einmal das Wort erteilt.

„Wir haben unseren Vorschlag sogar vorab zur Verfügung gestellt, weil wir an einer sachgerechten Lösung über die Parteigrenzen hinaus interessiert sind. Für Herrn Albig und seine Regierung gilt dies eindeutig nicht. Ihnen geht es nur darum, konstruktive Oppositionsarbeit um jeden Preis schlechtzureden. Wenn es auch in Zukunft keine Berücksichtigung kommunaler Entscheidungen bei der Windenergieplanung gibt, können sich die Gemeinden bei Herrn Albig bedanken“, so Nicolaisen.

Einen eigenen Vorschlag bleibt die Landesregierung bis heute schuldig.

Link zum Gesetzentwurf:

<http://www.landtag.ltsh.de/.../dr.../4500/drucksache-18-4590.pdf>

Innenminister Studt befürwortet öffentlich CDU-Forderung nach Strafrechtsverschärfung CDU setzt Antrag nach Strafrechtsverschärfung bei Gewalt gegen Beamte erneut auf die Tagesordnung



Dr. Axel Bernstein, polizeipolitischer Sprecher

Noch vor einem Jahr hatten die Regierungsfractionen einen Antrag der CDU-Fraktion zum besseren Schutz von Polizei- und Einsatzkräften und einer damit verbundenen Strafrechtsverschärfung brüsk abgelehnt (Drs. 18/2946, Link siehe unten) Damals hatte die Justizministerin noch betont, dass es keine Gesetzesänderung brauche, und erklärt, dass das bisherige Strafrecht keine Lücken aufweise.

Nachdem allein am letzten Juliwochenende sieben gewalttätige Übergriffe gegen Polizeikräfte stattfanden – ein Beamter wurde schwer verletzt – hat nun offenbar zumindest beim Innenminister ein Umdenken stattgefunden. Er befürwortete öffentlich eine Verschärfung des Strafrechts für diese Fälle.

Die CDU-Fraktion setzte daraufhin ihren Antrag erneut auf die Tagesordnung (Link siehe unten). „Es ist schon bitter, dass erst etwas passieren musste, damit sich zumindest der Innenminister endlich dafür einsetzt, dass Gewalt gegen Polizeibeamte härter bestraft wird als bisher“, erklärte Polizeiexperte Dr. Axel Bernstein.

Die Regierungskoalition habe in der kommenden Landtagssitzung die Chance, ihre Haltung aus dem vergangenen Jahr zu revidieren und dem CDU-Antrag zuzustimmen. „Daran wird sich zeigen, wie viel Durchsetzungsvermögen der Innenminister innerhalb der Koalition überhaupt noch hat und wie ernst die Landesregierung den Schutz unserer Polizisten tatsächlich nimmt. Es wäre nicht das erste Mal, dass die Regierungsfaktionen dem Innenminister die Zustimmung zu seinen Plänen verweigern“, unterstrich Dr. Bernstein.

Link zur Drucksache 18/2946:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2900/drucksache-18-2946.pdf>

Link zur Drucksache 18/4535:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4500/drucksache-18-4535.pdf>

Anhörung bringt deutliche Kritik an SPD-Wahlgeschenk Breite Mehrheit gegen KiTa-Geld



Katja Rathe-Hoffmann, sozialpolitische Sprecherin

Nachdem bereits in schriftlichen Stellungnahmen der Fachleute und Verbände heftige Kritik am 100-Euro-KiTa-Geld der Koalition geübt wurde, fand in dieser Woche die mündliche Anhörung statt. Auch dort sprachen sich etwa drei Viertel der Fachleute dagegen aus. Lediglich der Kinderschutzbund und die Elternverbände positionierten sich für die Zahlung.

„Die große Mehrheit der Anzuhörenden hat Stegners Wahlgeschenk ganz eindeutig als das exakte Gegenteil von sozialer Politik entlarvt“, erklärte dazu die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Katja Rathje-Hoffmann.

Die Kinder hätten – das sei bei der Anhörung deutlich geworden - weit mehr davon, wenn die

mehrstelligen Millionenbeträge für die dringend notwendige Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung ausgegeben würden. Darüber hinaus würden von dem Geld die sozial schwachen Eltern nicht profitieren. Im Gegenteil: Das KiTa-Geld konterkariere geradezu das Ziel der Sozialstaffel.

Scharfe Kritik übte die CDU-Abgeordnete an der insbesondere von der SPD immer wieder erhobenen Behauptung, die Kommunen wollten sich über die bereits angekündigten Beitragserhöhungen das KiTa-Geld von den Eltern holen. Das Land verweigere seinen fairen Anteil an den Kosten. In den vergangenen Jahren habe die Landesregierung diesen von ursprünglich einem Drittel auf mittlerweile nur noch etwa ein Fünftel reduziert. „Deshalb müssen die Kommunen einen Teil der gestiegenen Kosten an die Eltern weitergeben. Das ist die Wahrheit“, so Rathje-Hoffmann.

Ministerium veröffentlicht über die Sommerferien neue Anforderungen für das Fach Biologie Franzen: Alleingang des Ministeriums hat Methode



Heike Franzen, bildungspolitische Sprecherin

Das neue Schuljahr hat begonnen. Zum Unterrichtsbeginn fanden die Biologielehrkräfte neue Fachanforderungen vor, die weitgehende Änderungen des Unterrichts und dessen Vorbereitung erfordern. Laut Medienberichten beschwerten sich Lehrkräfte, weil die zum Teil erheblichen Änderungen im Vorfeld nicht mit den betroffenen Lehrkräften erörtert wurden.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Heike Franzen, forderte Bildungsministerin Ernst auf, die Kritik der Biologielehrerinnen und -lehrer ernst zu nehmen und umgehend Abhilfe zu schaffen.

„Die Fachmeinung von Lehrerinnen und Lehrern darf der Ministerin nicht schlichtweg egal sein. Solche gravierenden Änderungen dürfen nicht einfach so über deren Köpfe angeordnet werden“, erklärte Franzen.

Es sei nicht das erste Mal, dass die Bildungsministerin im Alleingang zum neuen Schuljahr neue Fachanforderungen beschließe. Bereits im vergangenen Jahr hatte die Bildungsministerin für erheblichen Unmut innerhalb der Lehrerschaft gesorgt, als sie neue Fachanforderungen für die Fächer Geschichte und Wirtschaft/Politik durchsetzen wollte.

„Es hat mittlerweile schon System, dass die Ministerin in ihrem Haus immer dann neue Fachanforderungen auf den Weg bringt, wenn Abiturprüfungen oder die Sommerferien

anstehen. Auch in diesem Jahr wollte die Ministerin so erreichen, dass ihre gewaltigen Änderungen möglichst geräuschlos in Kraft treten“, betonte Franzen.

CDU kritisiert haarsträubende Umsetzung der Justizvollzugsreform Gefangene in Neumünster „meutern“

Nicht nur die CDU hatte vor den Folgen des kurz vor der Sommerpause von SPD, Grünen und SSW beschlossenen neuen Justizvollzugsgesetzes gewarnt. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes am 01. September werden SPD, Grüne und SSW nun von der Realität eingeholt. Laut Medienberichten wird das Gesetz zum Teil überhaupt noch nicht umgesetzt. Insbesondere für den gesetzlich nun vorgeschriebenen ganztägigen Aufschluss fehlt demnach anders als vom Justizministerium behauptet Personal. Die fehlende Umsetzung des Gesetzes führt zu erheblichem Unmut bei den Gefangenen. In der JVA Neumünster weigerten sich laut eines SHZ-Berichtes 32 Gefangene kurzzeitig, in ihre Zellen zurück zu kehren.

„Die Ministerin ist dafür verantwortlich, dass die Realität in den Justizvollzugsanstalten mit dem von SPD, Grünen und SSW beschlossenen Wunsch-Dir-Was-Gesetz nichts zu tun hat. Sie hätte für realisierbare Umsetzungsfristen sorgen müssen. So aber klaffen gesetzliche Vorgaben und die Realität in den Justizvollzugsanstalten meilenweit auseinander. Spoorendonk hätte wissen müssen, dass dadurch der Druck in den Justizvollzugsanstalten weiter steigt“, kommentierte CDU-Justizexpertin Barbara Ostmeier die Vorgänge.

Die CDU-Fraktion habe viele von SPD, Grünen und SSW beschlossene Erleichterungen für die Häftlinge von Beginn an kritisch gesehen. „Durch die wirklich haarsträubenden Fehler bei der Umsetzung dieses Gesetzes werden unsere Befürchtungen nun mehr als bestätigt. Das ist erst der Anfang der Probleme“, sagte die CDU-Justizexpertin.



Barbara Ostmeier, justizpolitische Sprecherin

Neue Absolventin des „Freiwilligen Politischen Jahres“ bei der CDU-Fraktion Annica Peters stellt sich vor

Seit dem 01. September arbeitet wieder eine Absolventin des „Freiwilligen Politischen Jahres“ bei der CDU-Landtagsfraktion. Wir geben Annica Peters hier Gelegenheit, sich kurz vorzustellen.

Hallo, mein Name ist Annica Peters und ich bin die neue FPJlerin in der Pressestelle der CDU-Landtagsfraktion.

Nach meinem Abitur wollte ich gerne eine Auszeit vom Lernen nehmen und da ich mich seit einigen Jahren politisch engagiere, war ein Freiwilliges Politisches Jahr für mich die perfekte Wahl.

Seit einer Woche bin ich nun hier und die Arbeit macht mir wirklich Spaß! Die Pressestelle bildet das Verbindungsstück zwischen den Abgeordneten und den Medien. Zu meinem Aufgabenfeld gehören deshalb unter anderem die Beobachtung der eingehenden Pressemeldungen, Recherche zu aktuellen politischen Themen und der Besuch von Pressekonferenzen. Außerdem darf ich die Fraktionsarbeitskreise bei der Arbeit beobachten und in Ausschüssen dabei sein.

An einer Fraktionssitzung habe ich bereits teilgenommen und dabei mehrere Abgeordnete der CDU- Landtagsfraktion kennengelernt.

Das Freiwillige Politische Jahr ist eine tolle Möglichkeit um behutsam in die Arbeitswelt eingeführt zu werden. Es ist dann doch eine ganz schöne Umstellung, wenn man gerade aus der Schule kommt. Ich bin stolz, dass ich mein FPJ hier im Landtag absolvieren kann, denn es ist wirklich spannend einen Blick hinter die Kulissen zu werfen und außerdem ein tolles Gefühl, im politischen Herzen Schleswig-Holsteins zu arbeiten.



Annica Peters

„Beispielhafte Innovationen für den ländlichen Raum“

Abgeordnete der CDU-Fraktion zum Informationsbesuch im Amt-Eggebek

Während der parlamentarischen Sommerpause haben die CDU-Landtagsabgeordneten Petra Nicolaisen, Hans Heinrich Neve, Heiner Rickers und Klaus Jensen das Amt Eggebek besucht. In kleiner Runde informierten sich die Abgeordneten insbesondere über die Themen Smart-Region Eggebek, Klimaschutzmanagement, und das Kooperationshaus Umweltbildung.

Weiteres Thema war die Windkraft im Kreis Schleswig-Flensburg. Beeindruckt waren die Abgeordneten von den Plänen zum konsequenten und selbstständigen Energie- und Breitbandausbau im Nahbereich. Nicolaisen betonte die Innovationskraft im Amt Eggebeck. „Ich glaube, dass viele der Innovationen im Amt Eggebek auch als Beispiel für andere Regionen im Land dienen können“. Durch die zielgerichtete Entwicklung der Region auch in der ländlichen Struktur zeige sich, dass das Amt Eggebek ein Zukunftsmodell sei, von dem sowohl die Kommunen wie die Bevölkerung stark profitierten. So sollen mit dem Projekt „SmartRegion Eggebek“ vorhandene Potentiale aus der Produktion von erneuerbaren Energien, wie Wind,

Sonne und Biomasse mit intelligenten Verknüpfungen von Strom- und Wärmeverbraucher untersucht werden. Ziel ist es, die regionalen Ressourcen vorrangig vor Ort zu nutzen und dabei günstige Konditionen für die Verbraucher im Amtsgebiet zu erreichen. Durch eigene und vor allem zielgerichtete Investitionen des Amtes steige die Attraktivität der Region für Bürger und Wirtschaft.



Die Gesprächsteilnehmer vor dem Amt Eggebek

Besuch auf der NordBau in Neumünster

Callen: Rahmenbedingungen für Innovation und Wachstum verbessern



Die Teilnehmer während des Rundganges

Mit einem Rundgang über die NordBau 2016 verschafften sich die Mitglieder der Fraktionsarbeitskreise Wirtschaft sowie Agrar und Umwelt einen Überblick über die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der norddeutschen Unternehmen der Bauwirtschaft.

Unter anderem informierten sich die Abgeordneten bei der Firma HanseGrand über umweltfreundliche Klimabaustoffe. Die Firma ist im Bereich innovativer Lösungen bei versickerungsfähigen Oberflächen im Straßenbau führend.

„Innovative Unternehmen sind die Grundlage für Wohlstand und Beschäftigung in der Zukunft. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen für Innovation und Wachstum stimmen. Leider hat die Koalition aus SPD, Grünen und SSW einen Weg eingeschlagen, der von Misstrauen gegenüber Unternehmen und immer mehr Bürokratie gekennzeichnet ist.“

Ein weiterer Schwerpunkt auf dem Rundgang war das Thema Fachkräftemangel. Dazu zog es die Abgeordneten an den Stand des Ausbildungszentrums Ahrensböök „Faszination Bauberufe“.

Der Fachkräftemangel ist besonders für mittelständische Unternehmen und ihre Innovationskraft ein Problem. Das Ausbildungszentrum Ahrensböök zeigt unter anderem mit neuen dualen Ansätzen aus Ausbildung und Studium, wie dem Fachkräftemangel in mittelständischen Unternehmen entgegengewirkt werden kann.

„Daran sollte sich die Landesregierung ein Beispiel für Ihre Arbeit nehmen“, so Callsen.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de